

WELTPOLITISCHE VERANTWORTUNG HEIßT: ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN! Ein Aufruf an die Bochumer Bundestagsabgeordneten

In der Woche vom 7. -12. Dezember stimmt der Bundestag über den Finanzhaushalt für 2021 ab. Es geht um die Verteilungs- und Finanzierungsfragen der zukünftigen Politik, zunächst für den Bundeshaushalt 2021.

Nachdem die deutschen Rüstungsausgaben im vergangenen Jahr schon um 10 Prozent erhöht wurden, soll der offizielle Verteidigungshaushalt erneut gesteigert werden. In Zeiten einer Pandemie sind 46,8 Milliarden Euro für die Bundeswehr geplant, für das Gesundheitsbudget gerade einmal 24,3 Milliarden.

Für die kommenden Jahre verpflichten sich Kanzlerin und Verteidigungsministerin gegenüber der Nato, 2 Prozent vom Brutto-Inlandsprodukt für das Militär auszugeben, unter anderem 9 Milliarden für neue Kampfflugzeuge, die Atombomben der USA ins Ziel fliegen können, 1 Milliarde Euro für waffentragende Kampfdrohnen und für das System des europäischen Kampffjets FCAS in den nächsten 20 Jahren gar 500 (!) Milliarden Euro.

Das sind Steuergelder, die fehlen: bei Schulen und Kitas, Krankenhäusern, Gesundheitsvorsorge, Pflege, Alterssicherung, kommunaler Infrastruktur, öffentlichem Nahverkehr, sozialem Wohnungsbau, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und international bei zivilen Hilfen für die Entwicklung einer friedlichen Welt.

„Deutschland und Europa müssen mehr *weltpolitische Verantwortung* übernehmen“, behauptet die Regierung und begründet damit ihre Aufrüstung und Einsätze der Bundeswehr in aller Welt.

Weltweite Verantwortung erfordert aber **Abrüstung**. Wir brauchen

- eine neue Friedens- und Entspannungspolitik;
- ein Verbot des kriegstreibenden Rüstungsexports;
- die Ächtung bewaffneter Drohnen und Entwicklung autonomer Waffensysteme;
- atomare Abrüstung. Unser Land muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.

Wir appellieren an Ihre Vernunft. Stimmen Sie gegen den erhöhten Verteidigungshaushalt!